

Der grosse Tanz ums goldene Kalb

Einige Bemerkungen zum Begriff 'Solidarität'

Durch eine Neubewertung der Goldreserven fließen dem Staat finanzielle Mittel in der Höhe von ca. 20 Milliarden Franken zu. Der Staat ist aber nicht ein exklusiver Club von Politikern, Funktionären und Beamten. Das Volk, der Souverän ist der Staat und die 20 Milliarden sind Schweizer Volksvermögen. Die *Goldinitiative* der SVP gibt das Volksvermögen dem eigentlichen Besitzer, also dem Schweizer Volk, zurück. Die Erträge der Goldreserven sollen in die AHV fließen und damit unterstützen sie ein generationenübergreifendes Sozialwerk. Ein bürgerlicher Bundesrat hat uns vorgeworfen, die *Goldinitiative* sei "egoistisch". Dass die Sicherung der Altersvorsorge – und darum geht es bei der *Goldinitiative* – ein egoistischer Akt sein sollte, ist so abstrus, dass nicht einmal Linke auf diese Idee gekommen sind. Dafür brauchte es schon einen freisinnigen Bundesrat im Argumentationsnotstand.

Wir sind überzeugt: eine Solidarität ohne Grenzen ist verantwortungslos. Die SVP-*Goldinitiative* ist solidarisch *und* verantwortungsvoll. Mit einem Ja zur *Goldinitiative* sagt das Schweizer Stimmvolk Ja zu einem wichtigen Gemeinschaftswerk.

Der solidarische Filz

Kürzlich¹ hat Bundespräsident Kaspar Villiger seine Gedanken zur "Goldabstimmung" in der *Neuen Zürcher Zeitung* ausgebreitet. Im Zentrum dieser Abstimmung stünde die Solidarität, so Villiger, und das "Verteilkonzept von Bundesrat und Parlament" sei für ihn von diesem Wert geprägt. Das "Verteilkonzept" der Regierenden sieht vor, dass je ein Drittel der Golderträge den Kantonen, der AHV und einer Solidaritätsstiftung zufließen. Unser Finanzminister erachtet also bereits die Aufteilung dieser Summe als "solidarisch". Damit wird Bundesrat Villiger zum Komplizen einer seltsamen Vorstellung von Solidarität.

Die Drittelsinitiative zeigt uns drastisch auf, dass nicht alles, was "Solidarität" heisst, auch tatsächliche Solidarität bedeutet. Dieser Gegenvorschlag zur SVP-*Goldinitiative* ist von seiner Veranlagung her korrupt – ein solidarisches Bündnis der Korruption und des Filzes. Was als Bravourstück schweizerischer Konsenspolitik vermarktet wird, ist eine nett verpackte Anleitung zur weiteren Verfilzung unserer Gesellschaft. Der Verteilschlüssel der Golderträge ist ein kaum verbrämter Versuch des Stimmenkaufs. Als erstes sollen 200 Millionen jährlich an die Finanzdirektoren gehen. Im Gegenzug wird der Einsatz der Kantonsregierungen im Abstimmungskampf erwartet. Auch das ist nichts anderes als eine erkaufte Solidarisierung und das filzige Fundament künftiger Arrangements zwischen den Regierenden. Die nächsten 200 Millionen sollen in die AHV fließen. Eine gute Idee. Aber eben nur der Drittel einer guten Idee. Warum 200 Millionen für die Sicherung der AHV mehr dienen als 600 Millionen hat bis jetzt noch keiner schlüssig zu erklären vermocht. Das letzte Drittel soll nun einer "Solidaritätsstiftung" zufließen und so die Wohlfühlsozialisten zufrieden stellen. Unbestritten, auch der Filz funktioniert solidarisch und zwar nach dem Prinzip: eine Hand wäscht die andere und eine Hand

¹ NZZ, 31. Juli 2002

füllt die Taschen der anderen. Der solidarische Filz von Politik, Wirtschaft und Medien hat in unserem Land schon für genügend Misswirtschaft, Meinungseinfalt und Bürokratie gesorgt. Dieser Filz muss nicht noch zusätzlich alimentiert werden.

Von oben verordnete Solidarität? Nein!

Heute behauptet Bundespräsident Villiger, die Solidaritätsstiftung sei nicht das Ergebnis ausländischer Druckversuche. Natürlich ist es nicht so, dass mit der konkreten Forderung an die Schweiz getreten wurde, eine solche Stiftung einzurichten. Aber der Bundesrat hat sich 1997 den künstlich aufgebauten, historisch zweifelhaften und juristisch unhaltbaren Anschuldigungen seitens jüdischer und amerikanischer Institutionen gebeugt. Diese krasse Fehlleistung politischer Amtsträger wird nun zu einer "grossen Idee" (Villiger) hochstilisiert. Zuneigung und Ansehen kann sich kein Staat kaufen und es gehört auch nicht ins aussenpolitische Pflichtenheft, partout von der ganzen Staatengemeinschaft geliebt zu werden. Eigentliche Politik sollte immer noch primär der nüchterne Versuch darstellen, mit Tüchtigkeit und Augenmass zum Wohle des eigenen Landes und seiner Bevölkerung einzustehen. Die Goldinitiative ist ein solcher massvoller Beitrag.

Die Initianten der Solidaritätsstiftung verweisen gerne auf die "Strahlungskraft" anderer humanitärer Einrichtungen der Schweiz, wie etwa die des IKRK. Aber gerade das Rote Kreuz zeigt, dass hierfür ein ganz anderer Weg begangen wurde. Das IKRK ist eine aus persönlichem Engagement heraus entstandene internationale Hilfsorganisation. Das war keine staatlich verordnete und staatlich erkaufte Solidarität. Niemand würde den ehemaligen CVP-Bundesrat Koller daran hindern, eine Stiftung aus privaten Geldern zu begründen. Niemand würde den FDP-Bundesrat Villiger daran hindern, sein Amt niederzulegen und sich dem Aufbau einer staatlich unabhängigen Organisation zu widmen. Aber das Geld anderer zu verteilen, ist noch keine moralische oder humanitäre Leistung.

Die Solidaritätsindustrie

Verwaltung schafft Verwaltung. Bürokratie schafft Bürokratie. Es liegt in der Natur von Institutionen, dass sie wachsen wollen, um mehr Einfluss und mehr Mittel zu bekommen. Die Bundesverwaltungen sind seit 1990 in einem Ausmass angeschwollen, das in keinem gesunden Verhältnis zum realen Wirtschaftswachstum mehr steht. Die Folge davon ist ein Schuldenberg von über 100 Milliarden Franken, gestiegene Staats- und Fiskalquoten verbunden mit einer zunehmenden Reglementierung einer bisher freiheitlichen Bürgergesellschaft.

Freigebig kann nur der sein, wer seine Finanzen im Griff hat. Alles andere ist verantwortungsloses Gutmenschengetue. Die Bundesausgaben im Bereich "Beziehungen zum Ausland" haben sich von 1990 bis 2000 von 1581 auf 2274 Millionen erhöht. Die Solidaritätsindustrie läuft also wie geschmiert. Das Kartell der Hilfswerke hat die Abstimmungskampagne für den 22. September übernommen, die Banken zahlen, die Medien spüren vor und die Regierenden machen aus der Vorlage wieder einmal den üblichen Persönlichkeitstest: Bin ich für oder gegen die SVP.

Solidarität an und für sich ist kein Wert. Auch soziale Anliegen müssen sich mit üblichen Massstäben messen lassen können. Es gilt: Solidarität ja – aber mit wem, zu welchem Ziel und mit welchen Mitteln! Die von der Solidaritätsstiftung genannten Ziele und Aufgaben schwanken zwischen Übermut und konkretem Blödsinn. Die *Goldinitiative* dagegen erfüllt verschiedene Anliegen:

- Die Goldinitiative ist gerecht: Die Erträge kommen allen zugute.
- Die Goldinitiative ist sozial: Sie hilft die Altersvorsorge zu sichern.
- Die Goldinitiative ist zielgerichtet: Die Gelder fliessen in die AHV und nicht in die Solidaritätsindustrie. Es braucht keine zusätzliche Bürokratie.
- Die Goldinitiative ist verantwortungsvoll: Sie sichert Volksvermögen für die Zukunft und steht im Dienst des Volksinteresses.

SVP-Goldinitiative: Solidarität *und* Verantwortung

Die Gegner der *Goldinitiative* werfen uns vor, es ginge uns nur darum, die "Solidaritätsstiftung" zu bodigen. Natürlich wollen wir die Solidaritätsstiftung verhindern, aber nicht aus Selbstzweck, sondern weil sie ein falscher Weg ist, der von einem falschen Ursprung auf ein falsches Ziel hinsteuert. Mit unserer Volksinitiative zeigen wir die bessere Alternative auf – das gehört zum demokratischen Wettbewerb. In die Zukunft schauen heisst für die SVP, Verantwortung in der Gegenwart übernehmen. Die *Goldinitiative* ist die geglückte Verbindung von Solidarität, Verantwortung *und* Volksinteresse.